

An die Bundesrätinnen

Frau Eveline Widmer-Schlumpf
Frau Micheline Calmy-Rey
Frau Doris Leuthard
Bundesamt für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Bern, 27. Februar 2008

Genehmigung der Weiterführung des Abkommens über die Freizügigkeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits

Sehr geehrte Frau Bundesrätinnen

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Würdigung des bilateralen Weges

Wir bekennen uns zum bilateralen Weg, weil er die aussenwirtschaftliche Öffnung der Schweiz zum wichtigsten Handelspartner Europa massgeschneidert regelt. Davon hängen die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und der Wohlstand unseres Landes massgebend ab.

Unsere Nachbarnländer und die EU als Institution sind unsere wichtigsten Partner: politisch, juristisch und wirtschaftlich. Darüber hinaus ist die Schweiz sehr eng mit der EU und deren Mitgliedstaaten verflochten: geografisch, historisch und kulturell. Erfreulicherweise ist der Souverän in der letzten Legislatur dem Bundesrat und Parlament gefolgt und hat bedeutende europapolitische Entscheide getroffen. Das Schweizer Stimmvolk hat Ja zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten gesagt. Weiter wurden die Übereinkommen zu Schengen/Dublin angenommen, welche die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei, Justiz, Visa und Asyl verstärkt - eine wichtige Voraussetzung für eine verbesserte Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Kampf gegen Kriminalität, Terrorismus und Asylmissbrauch. Die Schweizerbevölkerung hat den bilateralen Weg in den letzten Jahren bereits in fünf Volksabstimmungen mitgetragen und bestätigt.

Erfahrungen mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit

Die bisherigen Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit sind für die Schweizer Wirtschaft ausserordentlich positiv. Seit Inkrafttreten des Abkommens (FZA) am 1. Juni 2002 hat die Personenfreizügigkeit die Erwartungen erfüllt. Die Zuwanderung hat sich kontrolliert und gemäß den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft entwickelt. Die Zuwanderung kommt vor allem aus unseren Nachbarnländern und es handelt sich dabei um Arbeitskräfte mit einem mittleren und hohen Qualifikationsniveau. Einheimische Arbeitskräfte wurden entgegen populistischen Behauptungen nicht vom schweizerischen Arbeitsmarkt verdrängt. Es wurde auch ein Rückgang der Zuwanderung ausserhalb des EU-EFTA-Raumes festgestellt, was der Immigrationspolitik der Schweiz entspricht.

Das FZA gilt als das wirtschaftlich wichtigste der bilateralen Abkommen (neben dem Freihandelsabkommen von 1972). Ohne das Abkommen wäre der jüngste Wirtschaftsaufschwung nicht im selben Ausmass und mit derselben Nachhaltigkeit möglich gewesen. Einer von drei Franken, welcher in der Schweiz erwirtschaftet wird, gewinnen wir im Handel mit den EU-Ländern.

Massnahmen für den Vollzug im Inland

Wir sind der Meinung, dass sich das Regelwerk der flankierenden Massnahmen zur Verhinderung von Lohndumping im Inland bewährt hat. Wir sehen keinen Bedarf für zusätzliche Regeln. Es bestehen keine flächendeckenden Vollzugsprobleme. Hingegen muss der Vollzug in einzelnen Regionen und Branchen optimiert werden. Die CVP unterstützt folgende Massnahmen:

- **Harmonisierung der Vorgaben:** Die Art und Weise der Kontrollen unterscheidet sich je nach Kanton stark. Wir fordern eine Harmonisierung der Vorgaben, um einen besseren Vollzug zu gewährleisten.
- **Sanktionen:** Wir stellen fest, dass fehlbare Betriebe teilweise nicht mit den möglichen Bussen belegt werden – sondern lediglich verwarnt. Wir fordern eine Abkehr von der Praxis der Verwarnungen und eine Erhöhung der Bussenpraxis.
- **Kontrollen und Kontrolleure:** Wir sind bereit, die Anzahl der Kontrolleure so zu steigern, dass damit ein Anheben der Anzahl Kontrollen um 25% möglich wird. Fokus der neuen Ressourcen müssen jene Branchen und Gebiete bilden, in denen in der Vergangenheit überdurchschnittliche Missbräuche festgestellt wurden.

Die CVP stimmt der Weiterführung des Abkommens zu. Die CVP wird mit aller Kraft auf allen politischen Ebenen den eingeschlagenen bilateralen Weg weiterverfolgen, um die Verträge weiterzuführen. So verschaffen wir der Schweiz eine optimale Situation inmitten Europas.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen, für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig.

Christophe Darbellay, Nationalrat
Parteipräsident

Sig.

Reto Nause
Generalsekretär